

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).  
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 098.

**Inseratenpreise:**  
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Reichstagswähler!

### Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Am auch alle ergeht dieser Ruf, die ihr in Stadt und Land mit Hand und Hirn arbeiten müht für andre, ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Landarbeiter, die ihr allesamt zur Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, zum Proletariat gehört und durch eure Arbeit Staat und Gesellschaft aufrechterhaltet. Ihr müht eure Interessen gemeinsam wahren. Ihr dürft euch nicht gegeneinander auspielen und mißbrauchen lassen. Ihr müht euch klar werden über eure gemeinsamen Kampfsziele gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern. Ihr müht bei der Reichstagswahl geschlossene Eintritten für die Partei des Klassenbewußten Proletariats, die hier zu euch spricht. Eure Not und Leiden sind auch die unsrigen, wir sind Fleisch von eurem Fleisch und Blut von eurem Blut.

#### Unser Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Menschheit

Von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, ist eine Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Gesamtheit arbeiten muß, in der aber auch jeder nach seinem Bedürfnis und nach dem jeweilig vorhandenen Reichtum der Gesellschaft am Ertrage der gemeinsamen Arbeit beteiligt sein wird. Das ist der Sozialismus.

#### Um die Errichtung der sozialistischen Weltordnung

ist jetzt der Kampf entbrannt. Der Ausgang dieses geschichtlichen Ringens kann nicht zweifelhaft sein. Wie Sklaverei, Leibeigenschaft und Hörigkeit überwunden wurden, so wird naturnotwendig auch die kapitalistische Ausbeutung überwunden werden durch die sozialistische Produktionsweise. Der Kapitalismus brachte im vorigen Jahrhundert in bestigen Erschütterungen das bestehende Bürgerium, die Bourgeoisie neben den Zümlern und Großgrundbesitzern zur Macht. Die neue revolutionäre Periode unserer Tage kann nur damit beschließen, daß die Besitzlosen und Ausgebeuteten, das moderne Proletariat zur Macht kommt und durch die Verwirklichung des Sozialismus allen Klassengegenständen und Unterdrückungen ein Ende macht. Fortdauer des Kapitalismus heißt jetzt Vernichtung und Zerrüttung, Zerstörung und Not, Verwüstung und Verfall, das zeigt jeder Tag in erschreckender Weise. Nur der Sozialismus bringt Rettung. Sozialismus ist Aufbau und Fortschritt, Fortschritt und Erlebung, Menschheitsbefreiung und Glück für alle.

#### Die alten Mächte des Kapitalismus und Militarismus

versuchen mit List und Gewalt das alte Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem aufrechtzuerhalten. Sie suchen dem Sozialismus den Weg zu versperrern, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Vergebliches Bemühen! Das Proletariat wird den Sozialismus erkämpfen!

#### Wähler! Wer ein Kämpfer für die glückliche Zukunft der Menschheit

sein will, muß mit uns den Kampf aufnehmen gegen Kapitalismus und Militarismus und alle Mächte der Vergangenheit, die ihre blutige Diktatur aufs neue beschließen wollen. Diese Diktatur des Kapitalismus und Militarismus hat Millionen und aber Millionen von Menschen in die Schrecken des Krieges hineingerückt, hat Millionen getötet, Millionen zu Krüppeln und Siechen gemacht, zu Kranken, zu Blinden, zu Weibern, zu Witwen und Waisen, hat eine ganze Welt in Elend und Armut gestürzt, sie zurückgeschleudert in Verwilderung und Barbarei.

#### Aus diesem Zusammenbruch führt nur klare Erkenntnis und zielbewußtes Ringen empor.

#### Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

zeigt den Weg und hat den Willen und die Kraft Führerin und Trägerin in diesem weltgeschichtlichen Befreiungskampf zu sein. Sie erstrebt die

#### Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat,

um den Kapitalismus zu überwinden und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Durch die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, ist dieses Ziel allein zu erreichen. Die arbeitende Menschheit, die Träger

Berlin, den 20. April 1920.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur sollen auch die verantwortlichen Träger aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und der politischen Gewalt sein. Das ist der Sinn des Rätegedankens, durch das erst das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betriebsrat, Gemeinde und Staat verwirklicht wird. Die Diktatur des Proletariats ist der politische Ausdruck für die Übernahme der politischen Macht durch die arbeitende Klasse, ist ein Uebergangsstadium für die Zwischenzeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialistische Demokratie zur vollen Geltung kommt.

Mit diesem Programm sammelt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Massen des Proletariats. Unter dem Banner dieses Programms tritt sie auch in den Wahlkampf, sowohl gegenüber der kapitalistisch-militaristischen Reaktion, wie gegenüber den Scheindemokraten und Scheinsozialisten.

Wähler! Die politische Situation ist geschwängert mit Konfliktstoff. Die junkerlich-monarchische Reaktion hat versucht, durch einen militärischen Staatsstreich wiederum die politische Macht an sich zu reißen. Mit gewaltigem Aufschwung hat das deutsche Proletariat mit Generalstreik und bewaffneten Aufstand die Konterrevolutionäre zurückgeschlagen.

Gegen das einheitlich und entschlossen handelnde Proletariat kann in Deutschland keine Macht aufkommen, ohne das Proletariat sich keine Regierung dauernd behaupten. Die Machtübergabe des Proletariats wird immer mehr zur geschichtlichen Notwendigkeit. Als sofort zu erfüllende Uebergangsmassnahmen fordern wir deshalb:

1. Entlassung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschafteinsatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft; politische Zurückweisung der Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Freilassung aller verhafteten Revolutionäre und umfassende Amnestie.
3. Bestrafung aller an dem Kappischen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von Revolutionären Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung in der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien. Umfassende Kommunalisierung.
5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Verwirklichung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der nächsten Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
7. Ausbau der Sozialgesetzgebung. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Die schnelle und reiflose Verwirklichung dieser Mindestforderungen allein vermag Deutschland aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch herauszuführen.

Wir wissen, daß die Forderungen nicht verwirklicht werden können lediglich durch die Arbeit im Parlament, das selbst einen großen Teil Schuld an dem Wiedererstarken der Gegenrevolution trägt. Unsere Kraft und unsere Stärke liegt vielmehr in der Aktion der Masse, die dauernd auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse einwirken muß.

Wähler! Der Wahlkampf muß eine starke und gründliche Abrechnung bringen mit allen Gegenrevolutionären, Scheindemokraten und Scheinsozialisten, mit allen Klassenfeinden des Proletariats. Er muß zu einer Heereschau werden für den Sozialismus, muß zeigen, daß der Wille zum Sozialismus die werktätigen Volksmassen in Stadt und Land erfasst hat.

Darum hinein in den Kampf! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Militarismus! Es lebe der Sozialismus!

## Die Wahlen in der tschechoslowakischen Republik.

Am 18. April fanden in der Tschechoslowakei die ersten Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung statt; am 25. April folgten die für den Senat. Das Ergebnis des 18. April ist noch nicht genau zu übersehen. Für seine Beurteilung gibt der folgende Artikel Anhaltspunkte, beruht von unserem Reichsbürger Mitarbeiter angeht. Er ist vor den Wahlen geschrieben worden.

I.  
Die tschechoslowakische Republik ist in ihrer ganzen Entstehung ein Kompromiß zwischen Revolution und Gegenrevolution. Sie verdankt ihr Entstehen nur zum Teil einer Revolution, und da nur einer nationalen Revolution: der Revolution der tschechischen Nation gegen die Habsburger; nationale Revolutionen unter der Führung der Bourgeoisie schlagen aber bekanntlich sofort in die Reaktion um, wenn die revolutionisierende Bourgeoisie zur Herrschaft gekommen ist. Der tschechische Staat wäre zudem auch nicht allein durch die Kraft der rebellierenden Nation zustande gekommen, er verdankt sein Entstehen zum andern Teil dem Siege der Entente auf den Schlachtfeldern. Die Entente hat den tschechoslowakischen Staat aber nicht aus demokratischen Erwägungen heraus gegründet, sondern für ihre Zwecke: er soll für sie eine Machtposition in Mitteleuropa gegen Deutschland und Deutschösterreich sein und nach den früheren Plänen, welche die Unterstützung des ersten Ministerpräsidenten dieses Staates, Karl Kramarisch, fanden, auch ein Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus. So wurde diesem Staate von seinen Schöpfern ein reaktionärer Staatsgedanke zugrunde gelegt, und daraus ist alles Reaktionen zu erklären, das wir in ihm finden. Das alles aber sind nur reaktionäre Kräfte, die durch die Gründung dieses Staates ausgelöst wurden, und die sich sehr rasch verbrauchen können. Dauerhafter wäre in ihrer Wirkung dagegen die reaktionäre Kraft, die aus der nationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung fließt. Der tschechoslowakische Staat ist kein nationaler Staat, sondern gleich Österreich ein Nationalitätenstaat. Den Tschechen und den Slowaken, die man, obwohl zwei verschiedene, wenn auch sehr nah verwandte Nationen, zu einer einzigen Nation einfach deklarieren mußte, um überhaupt eine Mehrheitsnation in diesem Staat zu haben, stehen die Deutschen, Polen und Magyaren gegenüber; so daß die vereinigte Doppelmehrheitsnation nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht. Trotzdem hält man auf tschechisch-nationaler Seite an der Fiktion eines nationalen Staates fest und man will diese Einbildung zur Wirklichkeit machen, indem man die ganze Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung so zurechtmacht, daß die Tschechoslowaken zur herrschenden Nation gemacht und die andern Nationen einfach zu einer amorphen Masse von anderssprachigen Bürgern herabgesetzt werden, die den Anspruch auf die Bezeichnung Nation und die Rechte einer Nation nicht erheben dürfen. Damit wird der Grund gelegt zu fortgesetzten nationalen Kämpfen, die diesen Staat gleich dem alten Österreich erschüttern werden. Und so, wie im alten Österreich, werden auch in diesem neuen Staat die nationale Vorherrschaft und der nationale Streit die stets fließende Quelle der Reaktion sein — das ist die Zukunft der tschechoslowakischen Republik, wenn nicht das Proletariat einen Strich durch diese Rechnung der Bourgeoisie macht.

Jedenfalls wird es für das Proletariat der Republik eine Riesenaufgabe sein, der Politik in diesem Staate andre Wege zu weisen — der Herrschaftsgedanke auf der einen, der nationale Befreiungs- und Revanchegehalte auf der andern Seite sind sehr stark, und es ist von tschechisch-nationaler Seite schon zuviel gefündigt worden. Es gilt aber auch, einen ungeheuren Wust von reaktionärer Gesetzgebungsarbeit hinwegzuräumen, bevor eine Ausschaltung des nationalen Streites möglich sein wird. Die größte Sünde ist vor allem die, daß die sogenannte tschechoslowakische Nationalversammlung, die im November 1918 von den tschechischen Parteien auf Grund eines vereinbarten Schlüssels ernannt wurde, sich die Rechte einer Konstituante angemaßt und so unter Ausschaltung der nichttschechoslowakischen Bevölkerung des Staates ihr eine Verfassung aufgezwungen hat, die als Grundlage des staatlichen und politischen Lebens einfach unmöglich ist. — Es ist eine Verfassung demokratischer Wahlordnungen, sonst aber enthält sie von Demokratie sehr wenig. Die Stellung des Präsidenten der Republik und die Existenz eines Oberhauses, des Senats, schränken die Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses ganz bedeutend ein; die staatsbürgerlichen Freiheiten sind in der Verfassung in Gestalt von Deklamationen erklärt aber die raue Wirklichkeit sind die besonderen Gesetze, die diese Freiheiten alle einschränken, wie z. B. die bereits beschlossenen Gesetze über den Ausnahmezustand; die Staatspolizei und die Aufhebung der Schwurgerichte; praktisch wird alle Freiheit durch eine rückwärtslose und allmächtige Militärpolizei eingeschränkt, die mit den niederträchtigsten Mitteln des Spießbüttens und des Lockspießbüttens arbeitet. Die Verwaltungsorganisation, die die neue Verfassung beschert



ist durch und durch reaktionär: von der Gemeinde aufwärts, im Bezirk und im Gau wird die gesamte Verwaltung in die Hände der staatlichen Bürokratie gelegt, und diese Bürokratie wird allmächtig sein, denn die gewählten Körperschaften, die Gau- und Bezirksvertretungen werden unter dem Vorherrschaft des Bezirksvorstehers und des Gauspans, die beide Staatsbeamte sind, nur mehr beratende Körperschaften sein. Das neue Wehrgesetz aber hat uns einen Militarismus beschert, der sich von dem des alten Oesterreich nur dadurch unterscheidet, daß er im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer stärker sein wird, als er im alten Oesterreich und auch im wilhelminischen Deutschland war.

Auch die soziale Gesetzgebung atmet diesen reaktionären Geist. In Sozialgesetzgebung ist bis jetzt nichts zustandekommen als das Gesetz über die Betriebsräte im Bergbau; das Gesetz über die Entlohnung des Grund- und Bodens steht auf dem Papier; die Arbeitslosenunterstützung beträgt 1 Kr. pro Tag (für welchen Betrag man zwei Zigaretten bekommt) und wurde für ganze Bezirke und Branchen gänzlich eingestellt; die Witwen und Invaliden erhalten Hungerrenten. Vor dieser Situation stehend, treten wir nun in die ersten Wahlen ein auf Grund eines Wahlrechts, das fast ein ideales Verhältniswahrscheinlich genannt werden muß.

### Wahlergebnis

Freitag, 20. April. Bis zum Abend waren in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt; 67 Mandate sind unbelegt geblieben. Von den deutschen Parteien erhielten die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 2, die Sozialdemokraten 23, die Deutschdemokratische Freiheitspartei 2 und die Deutsche Volkspartei 8, die deutschen Parteien insgesamt 43 Sitze. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 17, die Sozialdemokraten 44, die Agrarier 21, die Gewerbetreibenden 1, die Volkspartei 14 und die Mährerpartei 1, insgesamt 110 Mandate.

## Der Plan der Viehbahn.

### Jur Beurteilung des „Dijlers“, „Bolschewismus“.

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Freiheit veröffentlicht ein wichtiges Dokument aus den Tagen des Kapp-Putsch. Wichtig deshalb, weil es zur Aufklärung über die Beweggründe der Verhandlungen zwischen Reichswehrführern und radikalen Arbeitern beiträgt, wichtig auch, weil darin die völlige Direktionslosigkeit der militärischen Disziplin zutage tritt. Das von Dijleren ausgehende Flugblatt sollte am 17. März veröffentlicht werden.

Der Aufsatz führt lebhaft Klage darüber, daß die alte Parteiführung überhaupt gewonnen habe, ansatz daß freie und sachkundige Männer aus allen Schichten des schaffenden Volkes aufzukommen wären, damit sie das Volk aus dem Gumpel herausführten. Dieser Fehler sei aber bereits erkannt und richtig gemacht worden, der Oberbefehlshaber habe einen Erlaß ausfertigen lassen, der folgenden Inhalt hat: Kapp sei zurückgetreten; der Erlaß betreffend Todesstrafe gegen Straßkämpfer sei aufgehoben; die Verhandlungen mit der alten Regierung seien abgebrochen. „Neuer gegenwärtige anderweitige Vereinbarungen zur neuen Ordnung der Dinge getroffen werden, lade ich hiermit die Arbeitererschaft zur Mitarbeit ein und bitte die Organisationen, ihre Vertretungsstellen zu entsenden. Möge auf diesem Wege der leider gewalttätig gewordenen Revolution ein Ende gemacht werden.“

Das Flugblatt teilt dann weiter mit, daß Wittich jedoch kurz vor der beschlossenen Unterzeichnung dieses Erlasses zum Rücktritt veranlaßt worden sei und fährt fort: „Wir wahren und bagagen, daß unsere Absichten durch neue politische Kombinationen wiederum verunstaltet und aufgehoben werden und daß man uns von neuem in einen Gegenstand zur Arbeiterschaft dringt. Wir sind fest entschlossen, die Meinung Deutschlands nicht im Gegenzug, sondern zum Schutz und in Gemeinshaft mit dem wertvollen Volke durchzuführen.“

Die Freiheit bemerkt dazu: Was diese Auffassung ehrlich sein oder nicht, sie vertritt auf jeden Fall, daß die Dijleren in einer radikalen Unkenntnis der wirklichen politischen Möglichkeiten leben.

Wir haben in unserem Artikel vom Sonnabend unsere Meinung über die wahren Absichten der Dijleren zum Viehbahn deutlich ausgesprochen. Wir halten auch heute noch dafür, daß die Absicht ist, die Arbeitererschaft in eine Falle zu locken. Nicht unwichtig für die Beurteilung der Viehbahn-Affäre — über die die Regierung anscheinend Schweigen breiten möchte, ist die folgende Stelle aus dem Montags-Beitrag des Berliner Tageblatts:

Inzwischen kommt ein Kapp-Agent, Herr Lincoln-Trebitsch, ungarischer Jude, Katholik und ehemaliger Wikar der englischen Hochkirche, ehemaliger englischer Abgeordneter, Spion und vertretener Schieber von vielen Verbrechen, ungeführt in den Säcken der Berliner Dotschakoffe — seinen Bekannten leicht erkennbar und nur ein bißchen anders frisiert. Personen, die ihn so trafen, erzählen, daß er sich schamlos über die bolschewistische Erhebung äußere, die man herbeiführen müsse, und die dann zum rettenden militärischen Gegenpuls führen werde, und sie erzählen auch, Herr Lincoln-Trebitsch sei bei solchen Weisheitsfindungen stets von andächtig lauschenden Offizieren umringt.

Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß die Viehbahn nach dem Rezept des Lincoln-Trebitsch zu verfahren gedachten. Ihre Freilassung ist deshalb durchaus zu verurteilen. Wie wird es übrigens mit dem aus den Kapptagen überlesenen Staatskreditförderer Viehbahn? Soll er weiter ungeführt Lincoln-Trebitschereien inszenieren?

## Der eingekapfelle Reichswehrminister.

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Der Vorwärts druckt folgende vielstimmige Verklärung ab, datiert vom 2. April d. J.:

Den Beamten und Abteilungen wird es unterstellt, Vorträge beim Herrn Minister (Reichswehrminister) ohne vorherige Mitteilung anzumelden oder zu halten. Vorträge finden zunächst bei mir statt und ich werde das weitere entscheiden. Ausgenommen von diesem Verbot ist nur D 1.

Der Vorwärts fragt mit Recht: Ist diese Verklärung mit Zustimmung und Wissen des Herrn Reichswehrministers ergangen?

## Eine Note über die Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 19. April. In Sachen der Einwohnerwehrfrage hat die deutsche Regierung an den Vorstehenden des Interalliierten Uebereinkommens eine Note gerichtet, in der sie zur Entente vom 12. März Stellung nimmt und betont, daß diese Note von unzutreffenden Voraussetzungen über Aufbau und Zweck der Einwohnerwehren ausgeht. Die Einwohnerwehren seien in den Jahren des vorigen Jahres von ordnungsliebenden Elementen in Stadt und Land zu dem Zwecke gegründet worden, durch Unterstützung der ge-

ringen militärischen Kräfte und berufsmäßigen Polizeiergane die Heimat vor völliger Auflösung der Ordnung zu bewahren und gefährliche Zustände zu sichern. Bei Gründung wie beim Aufbau und der Einrichtung ist jeder Gedanke an eine Verwendung zu militärischen Zwecken, insbesondere zur Vorbereitung eines Stanzes gegen einen auswärtigen Gegner ausgeschlossen gewesen. Auch sei jegliche Sicherheit gegen Mißbrauch der Organisation in dieser Hinsicht gegeben.

Die Behauptung, daß die Einwohnerwehren militärische Übungen abhielten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Möglichkeit, daß die Einwohnerwehren einer durch den Friedensvertrag verbotenen Mobilisation beschuldigt werden könnten, sei schon deshalb nicht vorhanden, weil die Organisation in den einzelnen Ländern des Einheitsstaats Zusammenstufen von Reich wegen entbehren. Die Reichszentrale der Einwohnerwehren habe nur die Durchführung allgemein notwendiger Maßnahmen, wie z. B. Lebens- und Unfallversicherung der Mitglieder in die Hand genommen. Eine ständige Kontrolle im Sinne einer Aufhebungsvorbereitung finde nicht statt. Ueberdies seien die Einwohnerwehren zur Hälfte aus über 45 Jahre alten Mitgliedern zusammen. Die Einwohnerwehren seien zweifellos dazu beigetragen, die allgemeine Sicherheit in Deutschland zu bewahren und hätte in den Unruhen der letzten Wochen große Vermögenswerte vor der Verwüstung bewahrt, lebenswichtige Betriebe und Verkehrseinrichtungen aufrechterhalten sowie ordnungswidrige Elemente da in Schach gehalten, wo militärische und Polizeikräfte nicht zur Stelle waren. Insbesondere auf dem platten Lande verleihe die Einwohnerwehren der Schutz für Aufrechterhaltung und Beförderung der Nahrungsmittel. Besonders bewährt hätten sich die Einwohnerwehren in Bayern, wo es ihnen zu danken ist, daß vor einem Jahre die Räteregierung nicht weiter vor sich geirrt habe. Der Ruhen der Einwohnerwehren habe auch im Auslande volles Verständnis gefunden. Von verschiedenen Seiten werde in ihr ein Muster des Selbstschutzes der Bevölkerung erblickt, wo diese sich nicht auf staatliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung stützen könne. Die deutsche Regierung hatte daher keinen Anlaß, die Bildung der Einwohnerwehren oder ihren Charakter vor den interalliierten Kommissionen zu verheimlichen. Lediglich dem unter Verletzung der tatsächlichen Verhältnisse angebotenen Druke der alliierten Regierungen welsch, habe sie nunmehr sich entschlossen, die Auflösung der Wehren in der jetzigen Form zu veranlassen. Die deutsche Regierung vermute aber nicht anzurechnen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit der unter den gegebenen außerordentlichen Verhältnissen bis auf weiteres unbedingt notwendigen Selbstschutz zu verweigern. Sie erachte es vielmehr als Pflicht, alle mit dem Friedensvertrag zu vereinbarenden Maßnahmen zum Nutzen eines solchen Selbstschutzes zu vertreten. Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands sei die Hauptaufgabe der Regierung. Es werde geprüft werden, welche zünftigen Einrichtungen weiterhin zum gefestigten Zweck dienen könnten. Dabei werde das Hauptaugenmerk darauf zu legen, daß ihr lokaler Schutzcharakter gewahrt bleibe und auch in Zukunft jede Zentralisation, jede militärische Organisation und Ausbildung vermieden werde.

Das Loblied, das die Regierung in ihrer Note den Einwohnerwehren in ihrer früheren Zusammenfassung singt, erscheint uns recht unangebracht. Die Leute, die in den bestehenden Einwohnerwehren „ein Muster des Selbstschutzes der Bevölkerung“ sehen, dürften im wesentlichen in den Kreisen des reaktionären Bürger- und Bauerntums zu suchen sein. Gerade auf dem Lande, und besonders in Bayern, hat sich bei den Vorgängen der letzten Wochen gezeigt, daß die Einwohnerwehren Schutzhorden der Reaktion sind. Erst in den letzten Tagen ist bekannt geworden, daß von militärischen Stellen den Bauernwehren Waffen in großen Mengen zur Verfügung gestellt worden sind, ein neuer Beweis dafür, daß die gegenrevolutionären militärischen Kreise mit den Einwohnerwehren auf dem Lande Hand in Hand arbeiten. Es kann gar nicht bestritten werden, daß die Einwohnerwehren in ihrer jetzigen Zusammenfassung reaktionäre Gebilde sind, deren Auflösung unbedingt gefordert werden muß. An ihrer Stelle müssen neue Wehren gebildet werden, die von militärischen Beeinflussungen gänzlich frei sind und in denen die Arbeitererschaft den entscheidenden Einfluß hat.

## Wen Moske für unzuverlässig hielt.

Ueber die Zulassung von Mitglidern der U. S. P. und der Kommunisten in die Einwohnerwehren hat der ehemalige Reichswehrminister Roste am 26. Juni 1919 folgenden Erlaß herausgegeben:

Selbste die U. S. P. D. ist nicht auf den Boden der Verfassung stellt, sondern den Sturz der Regierung anstrebt, zur Besetzung der Demokratie und Ausrichtung der Diktatur einer Minderheit, können Mitglieder der U. S. P. D. nicht in die Einwohnerwehren aufgenommen werden, ganz gleich ob sie den vorgeschriebenen Verpflichtungen nachkommen.

Es muß diebestimmte Grachten daran festgehalten werden, daß, solange der innere Friede und das demokratische Fundament des Staates nicht gesichert sind, Mitglieder der U. S. P. D. und der U. S. W. keine Waffen übertragen werden dürfen, und diese deshalb auch nicht in die Einwohnerwehren aufgenommen werden können. Obiger Entscheidung entsprechend darf die Waffenseigerung nur erfolgen, wenn von zuständigen Justizbehörden (Stadträte) auf den Anordnungen vermerkt wird, daß Anhänger der U. S. P. D. nicht vorhanden sind.

Die bei der Bildung von Einwohnerwehren als beratendes Organ der Polizeibehörden mitwirkenden Militärbehörden haben auf die unbedingte Auerkennung der Einwohnerwehren ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Ist erlühne an die Hamburger Vorgänge, da waren 25 Prozent der Parteimitgliedschaft der U. S. P. D. nicht ausreißend.

An dem Erlaß ist besonders bemerkenswert, daß Moske ausgerechnet die Militärbehörden damit beauftragt hat, darüber zu wachen, daß keine Waffen in die Hände „Unzuverlässiger“ geraten. Die Militärs haben denn auch prompt dafür gesorgt, daß die Waffen zum großen Teil in die Hände der Leute kamen, die dann gelegentlich des Kapp-Putsch gegen die Republik stehenden Arbeiter kämpften. So zeigt sich hier, daß Moske im blauen Anzuge auf sein Militär Feld eine Politik getrieben hat, die dann die bekannten verhängnisvollen Folgen zeitigen mußte.

## 12 Milliarden Defizit im Etat der Reichseisenbahn.

Am Ganzhaltungsschluß der Nationalversammlung machte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth gelegentlich der Beratung des Nachtragetats bemerkenswerte Angaben über die Finanzlage bei der Reichseisenbahn. Er sagte u. a.: In den letzten Tagen seien Verhandlungen mit den Eisenbahngewerkschaften eingeleitet worden, da von den Eisenbahnern neue, sehr weitgehende Forderungen erhoben worden seien. Das Budget würde dadurch um nicht weniger als 2 Milliarden belastet werden. Er sehe dem ersten Budget der Reichseisenbahn mit großer Sorge entgegen. Man habe gehofft, daß sich das Defizit auf etwa 7 Milliarden Mark würde beschränken lassen. Es zeige sich indessen, daß man einschließlich der erwähnten 2 Milliarden Mark sehr rasch mit einem Defizit von 12 Milliarden Mark rechnen müsse. Auch die Reichspostverwaltung werde trotz der neuen Gebührenordnung ein Defizit von etwa 600 Millionen Mark ergeben. Im allgemeinen sei zu bedenken, daß es auf die Dauer kaum möglich sein werde, die Löhne zu erhöhen, ohne auch der Frage einer Erhöhung der Grundgehälter der Beamten näherzutreten.

Ferner hob der Reichsfinanzminister die gewaltigen Forderungen der Entente an das Deutsche Reich hervor und erwähnte die Tatsache, daß seitens der Gewerkschaften Forderungen zur Bezahlung der Streiklöhne erhoben würden, was wiederum Milliarden erforderlich würde. Wenn wir nicht in der Lage seien, Finanzpolitik mit Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen, dann läge er keine Rettung. Am 31. März d. J. hätten unsere funktionslosen Schulden 92 Milliarden Mark, die schwebende Schuld 105 Milliarden betragen, zusammen also 197 Milliarden Mark. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in nächster Zeit die schwebenden Schulden weiter stark anwachsen würden. Finanzminister Dr. Wirth äußerte sich sodann noch zur Frage der Tarifserhöhung der Eisenbahnen. Wir seien an dem Punkte angelangt, da eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife vielleicht eine Wiedereinnahme für das Reich bedeute, wo der Verkehr sich gewissermaßen selbst aufrehalte. Zu erwägen würde dagegen sein eine Erhöhung der Kohlensteuer, deren Umfang von der wirtschaftlichen Lage und von dem Stand der Währung abhängen müßte.

## Die Erdrosselung des Postverkehrs.

Der Reichsrat hat einer neuen enormen Erhöhung der Portofrühe und der Fernspreckgebühren zugestimmt. Man hofft, einen Nachtrag von mindestens 100 Millionen zu erreichen, wenn das Porto für Postkarten auf 30 Pfg., einfache Briefe auf 40 und Briefe bis 250 Gramm auf 60 Pfg. erhöht werden. Die Sätze für Drucksaften, Geschäftsbriefe und Warenproben sind verdoppelt, auch die Postgebühren, die Postanweilungsgebühren und die Gebühren für Retlungen sind erheblich erhöht worden. Zur Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen befestigt, die Postgebühren ist auf 20 Pfg. festgesetzt und die Mindestgebühren für ein Telegramm auf 2 Mk. Die Fernspreckgebühren erfahren eine Erhöhung um 100 Prozent. Bei ganz großen Neben noch darüber hinaus. Die Kundstiffe haben sich auch trotz mancher Bedenken damit einverstanden erklärt, daß von allen Fernspreckteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1600 Mk. für jeden Hauptanschluß und von 200 Mk. für jeden Nebenanschluß geleistet werden soll.

Der Reichspostminister Sieberts bemerkte zu den neuen enormen Belastungen des Postverkehrs, nur die Post, in der wir uns befinden, rechtfertige die Erhöhungen. Postfiskus werde diese Erhöhung erleichterlich wirken und der Zeitpunkt kommen, wo man in Deutschland einsehe, daß die Geschichte nicht so weiter geht, wenn wir nicht in den Wägen und kommen wollen.

Diese Erklärung bedeutet, ebenso wie das Eingeständnis des Reichsfinanzministers im Ganzhaltungsschluß der Nationalversammlung, daß weitere Tarifserhöhungen bei der Eisenbahn nicht Erhöhung, sondern Verminderung der Einnahmen bringen würden, eine glatte Vorkontrollklärung der bisherigen Verkehrspolitik der Regierung.

## Aus der Dunkelkammer der Verschwörung.

Dem Vorwärts ist umfangreiches Material in die Hände gefallen, das einen interessanten Einblick in das Treiben der Kapp-Verule in Bayern und in andern Landesteilen gewährt. Das Material besteht aus Sitzungsprotokollen, einer umfangreichen Korrespondenz der beteiligten Offiziere, aus Organisations- und Anwesenheitslisten, Entwürfen von Aufrufen usw. Ueber die an der Verschwörung beteiligten Vereinigungen gibt ein bei den Akten befindliches Verzeichnis Auskunft. Danach waren u. a. beteiligt der Schutz- und Truppbund, Verein inaktiver Offiziere, Reichswehrformationen, etwa ein Duzend verschiedener akademischer und Studentenvereinigungen. Aus einer Anmerkung geht hervor, daß die geübte Marschgruppe aus 1500 Mann, größtenteils Studenten, besteht. Die Korpsstudenten sind zu einer besonderen Kompanie vereinigt.

Die Veröffentlichungen im Vorwärts beginnen mit der Wiederholung einer Reihe von Protokollen über Sitzungen der Verschwörer, die in Würzburg, Regensburg und München stattgefunden haben. In einer Sitzung vom 19. Februar teilte der Vorsitzende Hauptmann Vertbold mit, daß die Stunde des Handelns gekommen sei. Träger des Unternehmens sei die Truppe. Für den Willen des Diktators hielt man mit Rücksicht auf die Volkstimmung einen Bringen für nicht geeignet, dagegen schlug man einen „vollständigen“ General vor. Zur Frage des inneren Aufbaus wurde betont, daß sich die Diktatur stützen sollte auf die „wirklichkeitsvolle und durchsichtige Mitarbeit des ganzen Volkes“ (?). Die Frage der Hochschulbesetzung wollte man lösen, sobald der entscheidende Schlag gefallen war. Betont wurde, daß Deutschland die verlorengegangenen Hochschullehrer zurückherholen müsse. Wenn die Entente zu einer Verhandlung nicht bereit sei, könne nur ein schicksalloser Kampf helfen. In einer Besprechung über die äußere Politik kam man zu dem Ergebnis, daß Deutschland um eine Ruineänderung mit Waffen mit Frankreich nicht herumkommen könne. Eine besonders bemerkenswerte Rolle spielte der betrugte bayrische Bauernführer Gschelmerat Dr. Helm, in dessen Wohnung auch Verhandlungen geführt worden sind. Einmal wurde vorgeschlagen, durch Dr. Helm Verhandlung mit Frankreich zu nehmen, um Frankreich zu gewinnen. Dr. Helm habe die besten Beziehungen zu Frankreich. Dr. Helm selbst hielt eine Verhandlung mit Frankreich für möglich. Er erklärte sich auch zur Bildung und Übernahme einer Diktatur-Regierung bereit. Für besonders wichtig hielt er die Bildung einer besonderen Bauernorganisation. Mit der Richtigkeit des bekannten Helms d u n d e s war man nicht zufrieden. Man einigte sich, den Bund zu einer Antibolschewistischen Liga umzugestalten, die „alle Gegner (par-)“tischer oder bolschewistischer Untertreue“ ohne Rücksicht auf die Partei zusammenfassen und alle notwendigen Vorbereitungen treffen solle. Ueber Einzelheiten des Verschwörungsplanes unterrichtet das folgende Protokoll über eine Sitzung vom 23. Februar, an der u. a. auch der bekannte Major Witschoff teilnahm:

1. Frage: Organisation?  
Es werden die alten U. S. P. festgehalten und als Führer oben genannte Offiziere bestimmt, die die für den ersten Schlag nötigen Vorbereitungen zu erledigen haben (Mobilisierung der Reichswehr, Studentenchaft, Offiziere zum Teil schon erledigt). Wichtigste Vorbereitungen durch Mobilisation des guten Teiles der Bürgerchaft werden in den nächsten Tagen erledigt. Desgleichen auch einsehende Beerdigung von Militär und Zivil, in den U. S. P. Kreisen unter offener Flagge des Kampfes gegen den Bolschewismus. Fertigstellung der Mobilisationspläne und Einrichtung der im Augenblick des Schlags zu treffenden Maßnahmen innerhalb des Korpsbezirks.
2. Frage: Übernahme des Korps beim Schlag?  
1. A. R. Oberst Epp, 2. A. R. Oberstleutnant Herzog, 3. A. R. Oberstleutnant v. Donner.  
Diktator: Graf Krafft v. Dellmeningen.  
Vorbereitungsarbeiten treten an die Stelle des neuen Korpskommandanten.
3. Frage: Der Schlag.  
Belegung der wichtigsten Regierungs- und Verkehrsstellen, desgleichen die Post, Telefon- und Telegraphenämter. Abführung der Besatzungstruppen im Laufe der ersten Tage durch die angeschobenen Bürger und Schaffung einer starken Reserve in Militär und Studenten für die Zeit, in der der Gegner zur Bestimmung gekommen. Mobilisation der Bauernschaft — letzter für örtliche Bewachung, teils in Form von „Bauernkorps“ als bewaffnete Reserve in der Hand des Diktators.
4. Frage: Wann muß und wann darf allein nur der Schlag erfolgen?

Diese Frage wurde durch Herrn Major Witschoff behandelt und man einigte sich dahin: Er muß, sobald bolschewistische Anzeichen sich bemerkbar machen, sobald der Hunger Ruhe und Sicherheit im Volk in Frage stellen. Er darf nur — sobald wir in der Lage sind, dem Volke einhergehenden Brot zu geben. Die Verhandlungen mit Amerika sollen beschleunigt werden.



### 8. Frage: Keine Trennung zwischen Preußen und Bayern.

Bayern erhält Wink durch Preußen. Schlägt Bayern selbständig los, so wird Preußen benachteiligt. Die preussischen Offiziere sind auch für Bayern Lebensbedingung.

8. Frage: Anschluss an den bayerischen Heimatbund, deren Gegenstände darin bestehen, daß der bayerische lediglich nationale, ideale Bestrebungen hat, während der preussische realwirtschaftlich kämpft.

Der Vorwurf ist Unklarheit die Veröffentlichung weiterer Dokumente an. Jedenfalls liefern schon die bisherigen Veröffentlichungen dem Herrn Reichsjustizminister, der es so überaus eilig mit der Bindung des angeblichen „Landesvertrages“ untreu Genossen Braß hat, eine Fülle von Material und Unterlagen für die Strafverfolgung der hochverräterischen militärischen Verschwörer. Wird auch in diesen Fällen die Justizverwaltung so präzis funktionieren?

## Die Reaktion im besetzten Gebiet.

Berlin, 14. April.

Im besetzten Gebiet konzentrieren sich die schlimmsten Reaktionen aus den Kreisen der Offiziere und der Bureaucratie. Das Treiben dieser Kreise ist zum großen Teil schuld an der Furcht der Franzosen vor dem deutschen Revanchekrieg und an den französischen Repressalien. In Ehrenbreitstein, gegenüber Koblenz, dem Sitz der Hohen Kommission der Alliierten, werden unter dem Vorwand, daß sie zur Ueberwachung von Entfestigungsarbeiten gebraucht würden, eine unverhältnismäßig große Zahl von Offizieren zusammengepackt. Diese Offiziere machen sich in Koblenz breit und machen aus ihrer Sehnsucht nach dem Revanchekrieg gar kein Hehl. Unter ihnen zeichnet sich ein gewisser Oberstleutnant Hüger besonders durch seine chauvinistische Dege aus.

In den Beamtenkreisen steht die reaktionär-antideutsche Clique auf Exklusivität. Demokratische oder gar pazifistische Gesinnung ist verpönt. Man ist streng kaiserreu und kramm „national“. Statt allen Konflikten mit den Vertretern der Alliierten aus dem Wege zu gehen und auf ein friedliches Zusammenarbeiten hinzuwirken, sucht man Konflikte herbeizuführen. Jeder Beamte, der einen Konflikt heraufbeschwört und sich deshalb eine Bestrafung zuzieht, wird als nationaler Held gefeiert. Die reaktionäre Bureaucratie propagiert absichtlich Repressalien und Bestrafungen, um künstlich den nationalen Chauvinismus hochzupelzen.

Mit einer Freivolität ohne Gleichen wird in den Kreisen der Offiziere und Beamten von dem Revanchekrieg geredet. In kindlicher Einfalt spekuliert man auf die Rivalität zwischen Franzosen und Engländern. Es ist in diesen Kreisen üblich, zu reden: „Wenn die Engländer Gewehr bei Fuß stehen, hauen wir die Franzosen mit Spazierstöcken zum Lande hinaus.“ Solche Anschauungen werden von den Spitzen der Bureaucratie offen ausgesprochen.

Die Folgen dieses Treibens bleiben nicht aus, und die Besetzung des Maingaues läßt es mehr denn je dringend notwendig erscheinen, mit der Reaktion im besetzten Gebiet gründlich aufzuräumen.

## Die Unparteilichkeit der deutschen Richter.

Reichsanwalt Diez für den Nord-Eisner.

In Nr. 18 der Weltbühne lesen wir in den „Antworten“ unter der Signatur „Richter“:

... Als Ober- und Pöbel eine (stumpfe) Befehlsgewalt gegen ein Wohlstand der Reichshauptstadt anstrengen, weil man sie darin als Schwein und Affe abgebildet hat; da sprach ihr den armen Sünder frei. Der Wohlstande konnte sich nicht verteidigen, in seinem Schwurwort darauf hinzuweisen, daß wir doch nunmehr in einer freien Demokratie leben. Ob der Mann einen Schwur abgelegt hat, ist mir unbekannt, ich hoffe es aber, denn sonst hätte man sehen können, wie verächtlich seine Mundwinkel zuckten. Ich möchte nicht wissen, wie das Urteil ausgefallen wäre, wenn einer Erich Ludendorff als Europas Revierhüter abgebildet hätte. Es gibt eben Dinge, die unwiderbar und niemals vor Gericht zu beweisen sind. Aufgabe ist, daß ihr in durchaus nicht ohnmächtiger Weise dem verhassten System ein antwortet, wo ihr nur könnt. Wie soll das erst werden, wenn unsere militärischen Schwerverbrecher, die die Unparteilichkeit als „Deutschlands beste Männer“ bezeichnet, vor das Gericht kommen? Vor das Reichsgericht, von dem ein Angehöriger, der Reichsgerichtsrat O. Diez, in der Münchener Ansburger Beobachtung vom 8. Februar, den Nord-Eisner als eine Straftat, ja lobenswerte Tat besingt. „So hat Kreis ihn erschossen: von Rechts wegen. Es ist die Notwehr gegen den Landesfeind; ein Grundrecht, das bei allen Völkern gilt, und schon bei den Römern, diesen Staatsvöll, gegolten hat: ut imperium populi nullo pacto commutetur. Dieses Recht ist ebenso unentziehlich wie unfähig. Es konzentriert in der Hand des einzelnen die ganze Energie der Staatsgewalt und legt sie auf sein Gewissen; es ist des Mißbrauchs fähig, wie jedes Recht. Bei der Revolution vom November 1918 hatte Kreis, wie jeder Deutsche, das Recht, den Rebellen in flagranti zu erschlagen, und seine Reichsgerichte, seine handwerksmäßige Justiz wird die Anwendung des § 53 Ziv. G. B. (Notwehr) bestreiten; die Reichsgerichte war am 2. Februar vorigen Jahres die gleiche. Das Urteil wird verlesen werden; die Tat des Grafen Kreis nicht; sie stellt der Menschheit verlorenen Adel wieder her; sie hat die Bahn der Unparteilichkeit beschriftet. Wenn die Regierung der kaiserlich deutschen Republik wirklich regierte und nicht ein schändliches Ornament wäre, so würde dieser Reichsgerichtsrat die Wahrung der Unparteilichkeit beschreiben. Und ihr, Richter, die ihr auf's Prestige aus seid, schiltet ihn nicht von euch ab?“

Wenn die deutschen Richter das Bedürfnis hätten, den Herrn Reichsanwalt Diez abzuschilteln, so würden sie das längst getan haben, denn der Dymius auf den Eisnerwider, den die Weltbühne ausbräut, ist ja schon am 8. Februar gelungen worden. Aber nicht einmal die engere Kollegenchaft, die Herren Reichsgerichtsräte im roten Talar, haben das Bedürfnis empfunden, gegen die „Reichsausschüttung“ des Herrn Diez Verwahrung einzulegen, geschweige ihm nachzugehen, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Man kann sich vorstellen, mit welchem „Vertrauen“ das deutsche Volk die Rechtsprechung dieses höchsten Gerichts gegen die Kriegsverbrecher und die Kuppeln erwartet!

## Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet.

Berlin, 20. April. Der Minister des Innern Severing erklärte einem Mitarbeiter der V. P. N., die Rückberufung der Truppen aus dem Ruhrgebiet habe bereits begonnen. Erfolg werde, was es besonders erforderlich sei, von der Grünen Polizei gestellt. Er halte es für das zweckmäßigste, wenn bald eine Vernehmung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vernehmung müsse eine militärische demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Quaderaktionen würden unanständig einstellt. Zehntausende Beamte im Interoffiziersrang würden befreit. Den Abteilungen würden Zivilkommissare beigegeben. Zu den verschiedenen Ausschüssen erklärte der Minister, er halte diese Ausschüsse für mindestens überflüssig. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Waffenablieferung im Ruhrgebiet bisher sehr unbefriedigend sei.

Nach der Babilonien Landbesetzung hat General Watter Krönung erhalten, die Zahl seiner Truppen auf 10 000 Mann zu

vermindern und „nach Möglichkeit“ in kurzer Zeit eine weitere Verminderung der Truppenzahl um 2500 Eintreten zu lassen.

## Abzug der schwarzen Truppen aus Frankfurt.

Frankfurt (Main), 20. April. (Z. U.) Die farbigen Besatzungstruppen sind gestern aus Frankfurt zurückgezogen worden. Langezüge von Kraftwagen, teilweise mit Mannschaften besetzt, Kavallerie und in kleineren Trupps auch Infanterie, sowie Trupps von Radfahrerabteilungen kehrten in der letzten Woche aus dem rechtsrheinischen Gebiet zurück. Die Truppenbewegungen lassen darauf schließen, daß im Brückenostgebiet zahlreiche Truppenkörper allmählich entbehrlich werden.

## Die Konferenz in San Remo.

Mailand, 20. April. (Z. U.) In San Remo hat der Oberste Rat gestern vormittag seine erste Vollsitzung abgehalten. Der Friedensvertrag mit der Türkei wurde ohne Hinzuziehung des Mediationsausschusses verhandelt und die verschiedenen noch unerledigten Fragen geprüft. Es wurde beschlossen, die türkische Abordnung zum 10. Mai nach Paris zu berufen, um ihr den Wortlaut des Friedensvertrages zu überreichen. In der ersten Sitzung waren die Vereinigten Staaten nicht vertreten. Bei der Verhandlung über den Frieden mit der Türkei blieben die militärischen Bestimmungen unberücksichtigt. In zweiter Linie wird die Entwaffnung Deutschlands und dann die Abrüstungsfrage beraten werden. Weiter wird sich die Konferenz mit der polnischen Frage und mit der Wirtschaftfrage, sowie mit dem Kohlenproblem befassen. Weder Marshall Foch noch irgendwelche andere militärische oder Marinefachverständlicher waren in der gestrigen Sitzung zugegen. — Nach einer weiteren Meldung ist eine der Sitzungen des Obersten Rates vorausgegangene Sitzung der Ministerpräsidenten sehr stillschweigend verlaufen.

Kopenhagen, 20. April. Der Londoner Berichterstatter der Verlinse Abendzeitung teilt mit: In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß auf der Konferenz in San Remo schnell eine Einigung erzielt werden wird, da weder die Frage, Deutschland zur Abzweigung zu zwingen, noch die Lösung der türkischen Frage Schwierigkeiten hervorrufen wird. Die Vereinbarung, daß England die Bewachung zur See und Frankreich die zu Lande übernehmend, ist durch die Besetzung Konstantinopels durch britische Militärs durchbrochen worden. Italien verlangt jetzt ebenfalls, an der Besetzung der Türkei teilzunehmen.

## Militärische „Sicherung des Friedens“.

Paris, 20. April. Der Sonderberichterstatter der Daily Mail in San Remo meldet, daß nach einem Bericht des Marschalls Foch eine Armee von 300 000 Mann notwendig sei, um über der Ausführung des türkischen Friedensvertrages zu wachen.

## Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein?

Nach einer Zeitungsmeldung aus Washington hat der Vorkommende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten Rahn im Repräsentantenhaus mitgeteilt, die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, die Kosten der Unterhaltung für die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein weiter zu tragen. Diese Erklärung habe eine lebhaft Besprechung der Angelegenheit nach sich gezogen. Das Kriegsdepartement dürfte vielleicht dadurch veranlaßt werden, die Verwendung amerikanischer Truppen am Rhein aufzugeben und diese zurückzuziehen.

## Deutschland.

### Erfolg der U. S. P. bei der Stellener Arbeiterratswahl.

Bei der am 15. April in Stettin stattgefundenen Wahl zum Vollzugrat für Groß-Stettin haben von 15 Sitzen erhalten: die U. S. P. 8 Mandate, die S. P. D. 6 Mandate und die U. P. D. 1 Mandat. Bei den Arbeiterratswahlen im März vorigen Jahres erhielten von 22 Mandaten die S. P. D. 24 und die U. S. P. nur 8 Mandate.

### Schwierigkeiten bei der Viehablieferung an die Entente.

Zur Viehablieferung an die Entente schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung, Deutschland sei nicht in der Lage, die Viehablieferungsbestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, wenn nicht Frankreich und Belgien von ihren Qualitätsforderungen absehen und sich mit gefunden und normalen Tieren durchschnittlich zufrieden geben.

### Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Mandate aus dem besetzten Gebiet?

Da nach dem Beschluß der Entente in den besetzten Gebieten zum Reichstage nicht gewählt werden kann, besteht, wie die Neue Zeit. Ztg. hört, die Absicht, durch Gesetz den Vertretern der besetzten Gebiete ihre bisherigen Mandate für den neuen Reichstag zu verlängern. Diese Verlängerung soll bis zur Möglichkeit von Neuwahlen in den besetzten Gebieten Gültigkeit haben.

### Die Betriebsrätewahlen in Oberschlesien gestattelt.

Amstich wird gemeldet: Die interalliierte Regierungskommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz in Oberschlesien in Kraft zu treten habe. Der Termin für die Wahlen ist noch nicht festgestellt.

### Neue Forderung der schlesischen Arbeiter.

Duppeln, 20. April. Die Arbeiter haben die neue Forderung aufgestellt, daß von der Einführung des Wahzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um der Abschnürung vom deutschen Reich vorzubeugen.

In den gestrigen ober-schlesischen Protestversammlungen der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Beamten forderten die Redner die Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und der Wahl des Präsidenten sowie die Einführung des Betriebsrätegesetzes.

### Aufhebung des Versammlungsrechts im besetzten Rheinland.

Nachen, 10. April. Die interalliierte Rheinlandkommission verbietet zur Sicherheit der Besatzungstruppen und wegen angeblicher Ausschreitungen gegen die Besatzungstruppen bei Kundgebungen am 17. April die Abhaltung von Versammlungen politischer oder sonstiger Natur bis zum 17. Mai, sowie Versammlungen von mehr als fünf Personen. Die öffentlichen Lokale, Theater usw. sind während einer Woche um 9 Uhr abends zu schließen.

Stadtratswahl in Braunschweig. Bei der am Sonntag erfolgten Wahl eines befristeten Stadtrates wurde der bisherige Inhaber des Postens, Stadtrat v. Frankenberg, mit 2730 Stimmen gewählt. Der von der U. S. P. D. und von der S. P. D. unterstützte Gegenkandidat, Arbeitersekretär Wesemeler, erhielt nur 2107 Stimmen.

Rücktransport der russischen und deutschen Gefangenen. In dem nun unterzeichneten deutsch-russischen Kriegsgefangenenabkommen heißt es, daß nur die Kriegsgefangenen abtransportiert werden, die bis Ende März in ihre Heimat wünschen. In Deutschland befinden sich 100 000 russische, in Sowjetrußland rund 20 000 deutsche Kriegsgefangene. Die sehr erheblichen Mittel für den Rücktransport hat die Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Zur Zeit weilt eine deutsch-russische Kommission in Kowal, um festzustellen, wie der Rücktransport auf dem Seewege bewirkt werden kann.

Die Uebernahme Nordschleswigs durch Dänemark. Nach einer Meldung aus Helsingör hat die internationale Kommission der dänischen Regierung mitgeteilt, daß es wünschenswert sei, daß Däne-

mark die erste Zone so bald als möglich in militärischer und ziviler Besetzung besetze.

Mittlere Internierier aus China und Japan. Ein in Hamburg eingetroffener japanischer Dampfer brachte Internierier aus Shanghai mit, 214 Männer, 115 Frauen und 127 Kinder; ferner aus Japan 60 Disinfektationsmittel, die nach Japan in Kriegsgefangenschaft gebracht worden waren, sowie 70 Frauen und Kinder und 88 Reisende. Unter den aus Shanghai kommenden Männern befinden sich 20 Oesterreicher und 20 Ungarn, die zum Teil aus Sibirien geflüchtet waren.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Der 1. Mai als nationaler Arbeitstag?

Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht folgenden Entwurf: Das Bureau des ausführenden Zentralschusses hat angeordnet, daß das Fest des 1. Mai in ein nationales Fest gemeinsamer Arbeit umgewandelt werde. Alle ausführenden Ausschüsse und Arbeitsmobilisierungsausschüsse in den Provinzen werden aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Der 1. Mai soll einer mindestens sechsstündigen Kollektivarbeit zum allgemeinen Wohle gewidmet werden, wie Reinigung der Städte, Wiederherstellung der Straßen usw. Am Abend werden Versammlungen und Schaulustspiele stattfinden.

### Demonstrationsstreik der belgischen Staatsangestellten am 1. Mai.

Brüssel, 20. April. (Z. U.) Der Landesverband der belgischen Staatsbediensteten hat grundsätzlich beschlossen, zum Protest gegen das Glend am 1. Mai 24 Stunden zu streiken. Der Zeitung Peuple zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai zum Feiertag bestimmt.

### Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Das Amtsblatt der französischen Republik hat ein Dekret veröffentlicht, durch das die Einfuhr von Waren aus Deutschland und Oesterreich freigegeben wird mit Ausnahme der Einfuhr von Karbonat, chemischen und pharmazeutischen Produkten, die auch ferner einer Genehmigung bedarf, soweit sie nicht unter die im Friedensvertrage festgelegten Zwangslieferungen fällt. Auf die aus Deutschland und Oesterreich einzuführenden Waren werden auch fernerhin die Zollsätze des allgemeinen französischen Tarifs angewandt. Eine Mitteilung des Handelsministers an die Presse macht darauf aufmerksam, daß die Freigabe der Einfuhr für einzelne Warenkategorien jederzeit wieder aufgehoben werden kann, wenn sich herausstellen sollte, daß die französische Industrie durch die deutsche Konkurrenz geschädigt wird.

### Unruhen in Italien.

Rom, 2. April. Wie dem Messagero aus Nauica gemeldet wird, sind dort infolge der Erhöhung des Wassergeldes Unruhen vorgekommen. Ein Kommissar und zwei Zivilisten wurden getötet.

### Kämpfe in Mexiko.

Aus dem Hauptquartier der neugebildeten Republik Sonora wird gemeldet: Einflußend Mann der Streitmacht von Sonora unter General Angeles haben Culiacan, die Hauptstadt von Sinaloa, genommen. Truppen von Sonora rücken gegen die Küste Mazatlan vor.

## Nationalversammlung.

Berlin, 19. April.

Das Haus war fast leer. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs über die Grundschule und die Aufhebung der Vorkursen.

Hg. Rumm (Dnat.) fordert die Schule als ein Werkzeug sozialer Vererbung. Der Religionsunterricht muß erhalten bleiben, dafür hat sich auch in Berlin eine große Mehrheit ausgesprochen, wie die Elternratswahlen beweisen haben. Wir fordern Rücksichtnahme auf die Privatschulen.

Hg. Böppel (Dem.): Ein Gewissenszwang soll nicht ausgeübt werden.

Minister des Innern Koch: Die Wünsche des Hg. Rumm sind zum großen Teil schon durch die Verfassung gewährleistet. Einzelne Schwierigkeiten werden im Einvernehmen mit den Ländern beseitigt. Eine Schwächung der Gewissensfreiheit soll nicht vorkommen.

Hg. Runkel (Dnat.) tritt für die Vorkurslehrer ein. Das Gesetz wird darauf unter Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen die Deutschnationalen in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz über die Versorgung der Militärpersonen usw. sowie das Gesetz über die Kosten der Kriegsbeschäftigtenfürsorge werden dem sozialen Ausschuss überwiesen.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag, 1 Uhr: Anfragen, Interpellationen über Cuxen und Malmborg und über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, Verbringung der Gebäude des Reichstages, Erhöhung der Postgebühren, keine Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

### Das Parteitage-Protokoll.

Soeben erschien das Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig, sowie über die Erste Frauenkonferenz der U. S. P. D. am 29. und 30. November in Leipzig. Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C, 2. Preis durch den Buchhandel bezogen 15 Mk.

Der hohe Preis des allerdings sehr umfangreichen Bandes — 500 Seiten stark — ist bedauerlich; wenn wir auch annehmen, daß den Organisations Ermäßigungen gewährt werden. Doch die Verlagsgenossenschaft Freiheit ihr Möglichstes getan hat, um den Preis so niedrig wie möglich zu halten, bezweifeln wir nicht. Die gewaltige Materialsteuerung und die Lohnhöhe setzten ihr unüberwindliche Schranken.

Das Buch ist mit einem eingehenden Sach- und Personenregister versehen, die seine Benutzbarkeit sehr erhöhen. Auf seine Bedeutung als Dokument, das zum Verständnis der Grundsätze und Bestrebungen unserer Partei durchaus unentbehrlich ist, brauchen wir nicht weiter hinzuweisen. Das Protokoll gehört in die Bibliothek jeder unserer Organisations, und wer den Preis erschwingen kann, sollte es für sich selbst erwerben.

## Von Nah und Fern.

### Brand einer Munitionsfabrik.

Wien, 10. April. Wie aus Wiener-Neuburg gemeldet wird, brach gestern in der Birtenberger Patronenfabrik ein Brand aus, dem sämtliche 20 Bauten mit Ausnahme einer einzigen zum Opfer fielen.

Bronchitis ist den redaktionellen Teil: Heinrich Bleicher in Leipzig.

Verantwortlich für den Anfertiger: Friedrich Weller, Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Volkmar Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



**Wegen Papiermangel**  
müßte ein Teil der Inserate in der heutigen Nummer zurückgestellt werden.  
**Leipziger Volkszeitung (Inseraten-Abteilung).**

**U. S. P. D. Gross-Leipzig.**

**Alt-Leipzig.** Die Genossinnen von Alt-Leipzig werden hiermit zu einer **kurzen aber wichtigen Besprechung** für Mittwoch, den 21. April, abends 6 Uhr, im Volkshaus eingeladen. Parteibuch mitbringen. Vollzähligen Besuch erwarten.  
Die Vertrauenspersonen.

**Alt-Leipzig. Kindervorstellung.** Freitag, den 23. April 1920 findet für die Kinder unserer Genossen zu ermäßigten Preisen ein Puppen-Theater, **Papa Kleinertz** im August-Schmidt-Saal statt. Treffpunkt der Kinder, nachmittags 1/2 Uhr, im Volkshaus. Jedes Kind hat 50 Pf. mitzubringen. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Ortsverein L.-Gohlis**  
Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Rickau-Anschanf.  
Tagesordnung:  
1. Zusammenbruch und deutsche Wälfute. Referent: Genosse Jakob Krug, Leipzig. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**K. P. D.**  
Die **Versammlung** in der Grünen Schänke findet nicht heute, sondern **Dienstag, 27. April**, statt.  
**Liebertwolkwitz.**  
Donnerstag, den 22. April, abends 1/8 Uhr  
**Öffentliche Versammlung**  
in den Drei Linden.  
Tagesordnung: Die Löhne des 13. März.  
Referent: Genosse Müller.  
Kommunistische Partei, Ortsgruppe Leipzig.

**Metallarbeiter**  
Verband  
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und während der Krankenfurlagen werden gegen Einreichung des Verbandbuchs innerhalb drei Tagen ersolien.  
Wittwoch, den 21. April 1920, abends 1/7 Uhr im großen Saale des Volkshauses:  
**Generalversammlung**  
Tagesordnung: I. Bericht der Ortsverwaltung. II. Gewährung einer Lenkungszulage an die Angestellten. III. Anstellung v. 2 weiteren Bureau-Angestellten. IV. Verschiedenes.  
Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.  
Die Ortsverwaltung.  
Unter Bureau befindet sich Seitzer Str. 30 I. r. und ist geöffnet von vorm. 8-10, mittags von 12-1 und nachmittags 4-6, Sonnabends 8-1 Uhr.  
Sämtliche Bibliotheksbücher sind umgehend im Bureau abzuliefern!  
Achtung! Kollegen! Die Beitragserhöhung tritt mit der 18. Woche, also am 26. April in Kraft. Die Ortsverwaltung.  
Achtung! Vertrauensmänner! Die Parteikarten sind umgehend im Bureau, Seitzer Str. 30, I. rechts, zu entnehmen.  
Mechaniker u. verwandte Berufe.  
Freitag, den 23. April 1920, abends 1/7 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Göbe. 2. Tarifangelegenheiten. Verbandsbücher vorlegen, ohne Buch kein Zutritt. Das Agitationskomitee.

**U. S. P. D.**  
Donnerstag, den 22. April 1920, abends 1/8 Uhr, im Sächsischen Hof, L.-Schönefeld  
**Öffentlicher wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag**  
Referent: Genosse B. Gottschalk. **Schul Gott die Erde und den Menschen** aber war es ein natürlicher Vorgang? Erläutert durch 100 Lichtbilder. 1. Abteilung: Vom Nebeffekt zum Menschen. 2. Abteilung: Das Werden des Menschen und die kulturelle Entwicklung der Menschheit. Einlass 1/7 Uhr. Eintritt 1 Mk. Anfang 1/8 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Ortsverein Schönefeld (U. S. P. D.).**

**Bauarbeiter-Verband**  
Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.  
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonnabends von 8-2 Uhr

**Akkordarbeiter.** Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Zimmer 4.  
**Baudelegierte.** Donnerstag, den 22. April, abends 1/8 Uhr, **Sitzung** im Volkshaus, Nebenaal rechts. Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Leipzig.  
Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Etage, Zimmer 2-6. Tel. 12780.  
Bureauzeiten: Mittwochs 9-11 Uhr, nachmittags 5-1/2 Uhr.

**Seifenarbeiter.** Donnerstag, den 22. April, abends 5 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus (Mittelsaal). Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarifablauf. Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich. Die Sektionsleitung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Leipzig  
Büro: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21.  
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.

**Achtung!** **Straßenbahner Leipzigs.** **Achtung!**  
Donnerstag, den 22. April, abends 1/8 Uhr, im Neuen Gasthof in Leipzig-Gohlis  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission in Dresden.  
2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.  
3. Gemeindefachliches.  
4. Verschiedenes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem dienstfreien Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, diese wichtige Versammlung zu besuchen.  
Sektion der Straßenbahner.  
J. A. Karl Schäfer.

**Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.**  
Donnerstag, den 22. April, abends 7 Uhr  
**Versammlung**  
im Volkshaus (Gesellschaftssaal).  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz in Dresden; 2. Behandlung der Anträge zum Verbandstage; 3. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch der Mitglieder aller Branchen erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Eisenbahner-Verband**  
Ortsverwaltung Leipzig I und II.

Freitag, den 23. April 1920, abends 1/7 Uhr  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
im Volkshaus, großer Saal.  
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Verzeichnung der Ortsgruppen Leipzig I und II. 3. Neuwahlen. 4. Erhöhung der Lokalbeiträge. 5. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Am kommenden Mittwoch, dem 21. April, bleibt unser Bureau umgangshalber geschlossen. Ab Donnerstag, dem 22. April, befinden sich unsere Büroräume im Hotel Victoria, Gerberstraße 1, I. Etage, Zimmer 1, 2 und 9.  
Geschäftszeit: 10 bis 12 Uhr und 4 bis 6 Uhr.  
Kussahlung von Unterkümmungen: nur Montags, Mittwochs und Sonnabends, von 10 bis 12 Uhr vormittags.  
Wir bitten unsere Mitglieder, die Geschäftszeit unbedingt einzuhalten.  
Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Leipzig.

**Gold- und Silber-Geräte** aller Art, Uhren, Ketten, Ringe, Brillengläser usw. läuft zu den reell höchsten Tagespreisen  
Franz Förstling Nachf., Anb.: Karl Friedrichs Leipzig, I Nordstraße 1.

**Kaufe** Gold- und Silberwaren Uhren Schmuckgegenstände u. a. alle höchste Tagespreise  
Dr. Israel, Urmach.-Laden, Promenadenstr. 5.

**Familien-Nachrichten**

Für die uns anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** erwiehnen Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch unser herzlichsten Dank.  
**Gustav Sucher und Frau, Engelsdorf.**

Nach kurzem Krankenlager entschlief gestern abend schnell und unerwartet, im 70. Lebensjahre, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr  
**Eduard Theuerkorn.**  
L. Volkmarshof, Elisabethstr. 31, pt., b. 10. 4. 20.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Frau Emma verw. Theuerkorn geb. Reich  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donnerstag um 1/1 Uhr vom Trauerhause aus nach dem Schönefelder Friedhof statt.

Nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, entschlief sanft und ruhig, im Alter von 42 Jahren, am Sonntagnamittag 1/4 Uhr, nach 1/2 jährigem Krankenlager im Krankenhaus St. Jakob meine innigstgeliebte Mutter, unsere Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Fräulein  
**Anna Homilius.**  
L. Kleinschöher, Reue Straße 11.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Gertrud Homilius, Tochter.  
Eduard Homilius, Vater.  
Familie Alfred Jentsch.  
Familie Otto Ketzschner.  
Familie Herm. Homilius.  
Familie Emil Gruhl.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Schmerzhaft und tiefgebeugt von dem uns so plötzlich und unvorhergesehenem schwerem Schlag, zeigen wir hierdurch an, daß mein lieber Mann, unser herzenguter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Württembergler  
**Friedrich Tautz**  
am 18. April sanft entschlafen ist.  
L. Anger, Robbischstraße 7, III.  
In tiefstem Schmerze  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Seltzerhäuser Friedhof.

Nach langer, hanger Ungewißheit erhielten wir heute die schmerzliche Nachricht, daß unser einjähriger braver Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, der  
**Jäger Erich Reim**  
Rel.-Jäger-Batl. 18. I. Rom.  
am 22. Januar 1919 in furchtbarer Gefangenschaft gestorben ist. Er liegt auf dem Altkrieger-Friedhof an Salonikt begraben.  
Dies zeigt in tiefstem Schmerze an  
L. Schleich, Brodhausstr. 35, I.  
Gustav Reim u. Frau.  
Willy Oertel u. Frau, Rosa geb. Reim.  
Hannchen Tröltzsch als Braut.

Todesanzeige. Am 17. April verchied infolge eines im Felde zugezogenen Weidens nach schwerem, langem Krankenlager, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, Herr  
**Otto Wagner**  
im Alter von 31 Jahren.  
In tiefer Trauer zeigen dies hierdurch an  
Familie Ford, Wagner.  
Familie Arno Wagner.  
Familie Karl Mühl.  
Familie Alfred Jacobi  
nebst Geschwister.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. April, vorm. 9/10 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Frau  
**Pauline verw. Rentsch**  
vorw. gew. Schroyer geb. Döge  
am Sonntagabend nach langem schwerem Leiden verchieden ist.  
L. Stötterich, Rudolf-Bermann-Straße 21, pt.  
Im Namen aller Hinterbliebenen: G. Schroyer.  
Die Einäscherung findet Mittwoch, nachm. 1/4 Uhr, statt.

Allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß am Sonntag, den 18. April, plötzlich mein herzenguter, lieber Gatte, unser treusorgender Vater, Groß- und Schwiegervater, Herr  
**Heinrich Dilssner**  
im vollendeten 54. Lebensjahre sanft verchied.  
In tiefer Trauer  
Bäblich-Chrenberg, den 19. April 1920  
Frau Anna verw. Dilssner geb. Klein  
nebst allen Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch 12/13 Uhr auf dem Gundorfer Friedhof statt.  
Markt viel zu gut, Karbte viel zu früh.  
Wer dich gekannt, verzieht dich nie.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 19. April, früh 9 Uhr, mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, der Maurer  
**Robert Moritz Winkler**  
im Alter von 82 Jahren.  
Großheuben, Mittelstraße 18.  
Dieses zeigen tiefbetrübt an  
Frau Anna Winkler geb. Thiele  
nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags statt.

Heute verchied nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser lieber Sohn und Bruder  
**Richard Saupe**  
im 25. Lebensjahre.  
Dies zeigt in tiefstem Schmerze an  
Familie Gustav Saupe.  
Gautsch, den 10. April 1920.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, statt.

**KL**  
Verlängerung unmöglich  
Heute vorletzter Tag!  
Nur der Besuch der Nachmittags-Vorstellung um 3/4 Uhr bietet Gewähr für gute Plätze.  
Das Riesen-Monumentalsensations-Filmwerk:  
**New York - Paris**  
Der größte Spionage-Konzern der Welt.  
8 Eine Sensation in Riesen-Akten 8  
Beginn jeweils 4, 6, 10, 8, 20 Uhr.  
Ende 10/11 Uhr.  
Verstärktes Orchester.  
**Kammer - Lichtspiele**  
Windmühlenstraße 7, am Königsplatz

Andere für diesen Tag angelegte Versammlungen fallen aus.







Abdruck des Kriegeres nicht in Leipzig gewohnt habe. Dabei bin ich ein geborener Leipziger und habe hier noch eine alleinlebende Mutter und Schwester. Ich habe mich an den Rat der Stadt Leipzig gewendet, aber vergeblich. Der Rat sagte, die Schwester sei die Ernährerin der Mutter. Deshalb könnte mir weder Arbeit noch Unterstützung zugewilligt werden. Die Tatsachen sind also: Einem Leipziger Kind wird die Heimkehr verweigert und Fremde nisten sich hier ein. So sieht der Dank des Vaterlandes aus. Nur rein in's Verderben.

Zur Nachahmung empfohlen. Der Vorstand des Ortsvereins Stütteritz hatte sich auf Wunsch vieler seiner Mitglieder und anderer Stütteritzer Einwohner mit einer Eingabe an den Rat der Stadt Leipzig mit dem Ersuchen gewendet, an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen die Ausstritte aus der Landesstraße dadurch zu ermöglichen, daß zu diesem Zweck das Ständeband von 8-12 Uhr geöffnet sein soll. Am Sonntag, dem 11. April, machten von der Veranlassung dieser Stütteritzer Einwohner Gebrauch, daß nicht alle Ersuchen abgelehnt werden konnten. Am 18. April ist das Stütteritzer Ständeband wieder von 8-12 Uhr vormittags zu diesem Zweck geöffnet. Alle Personen, die am 18. April wegen zu starkem Andrang nicht zu ihrem Ziele gelangen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorstand des Ortsvereins Stütteritz den Rat um Freigabe zweier weiteren Sonntagvormittage zum Zweck des Kirchen-Austritts ersucht hat.

Kartoffelverteilung. Auf die Marken 16 E und K der allgemeinen Lebensmittelliste gelangen je 4 Pfund Kartoffeln an die gesamte Bevölkerung zur Ausgabe. Die Kartoffeln können gegen Abgabe der Marken beim Kleinhändler sofort entnommen, brauchen also nicht besonders angemeldet zu werden. Die Entnahme hat bis spätestens Donnerstag zu erfolgen.

Unglaubliche Preise für Zeitungsdrukerei. Die die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker mittelst, die Preise für Zeitungsdrukerei eine Entwicklung angenommen, die fast unglaublich erscheint. Während noch bis Ende 1915 100 Mio Zeitungsdrukerei rund 40 M. kosteten, wurden Anfang 1918 schon 70 M. berechnet. Am 1. Dezember 1917 betrug der Preis 150 M., im Dezember 1919 war er auf 380 M. gestiegen, schnellste Ende Januar 1920 auf 650 M. empor und im März betrug er 780 M.

Silbermünzen — kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die bereits die Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses gefunden hat, sind die 1/2-Mark-Stücke, Markstücke, Dreimarkstücke und Fünfmarkstücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten Zweimarkstücke einzuziehen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Bis zum 1. Januar 1921 werden diese Münzen bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsbankenscheine und Darlehensanleihscheine umgetauscht. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten. Durch diese Verordnung sind also sämtliche Silbermünzen außer Kurs gesetzt. Der Verkauf durch die Reichsbank, Postanstalten und die anderen hierfür bestimmten Stellen zu dem zuletzt festgesetzten Preise findet zu nächst weiter statt.

Verstorbener ist seit dem 14. April der Invalide Johann August Herbert, 68 Jahre alt. Er ist von seiner Wohnung (Leipzig-Möbden, Wolfstraße 17) weggegangen und seit dieser Zeit verschwunden. Er war infolge gedrückter Lage schwermütig, und es wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. Bei etwaigen Anzeigen bittet die besorgte Familie um Nachricht.

Ein Gartenverein bestohlen. Ein schwerer Verlust wurde einem an der Lühner Straße gelegenen Gartenverein durch Einbruch zugefügt. Diese entwendeten einen großen Teil des Inventars, wodurch dem Verein ein Schaden von 5000 M. zugefügt wurde. Die Vereine tun gut, ein wachsameres Auge auf ihr Besitztum zu haben, um sich vor Schaden zu schützen.

Schlachthof, Schaant II. Mittwoch von 9 bis 12 Uhr Ausgabe von Knochenbrühwürfeln, gut und preiswert.

### Lebensmittelliste für Mittwoch, den 21. April.

Für Haushaltungen.  
Anmeldung, Kartoffeln: abzugeben 16 D und K der Lebensmittelliste Reihe N (je vier Pfund).  
Fleisch: abzugeben Fleischmarken M 1-10, M 1-5.  
Reis und Milchsuppe: letzter Tag — abzugeben 15 K der Lebensmittelliste Reihe N, B 7 der Sonder-Lebensmittelliste für Kinder von 6 bis 12 Jahren Reihe B, A 7 der Sonder-Lebensmittelliste für 12-18 Jahre alte Versorgungsberechtigte Reihe A, B 9 der Sonder-Lebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte Reihe H, SN 9 N 2 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere, Stillende usw. (je zwei Pakete) Ausgabe. 88. Kartenausgabe: Nr. 201-400.  
Lebensmittellisten für Schankwirtschaften usw.: Buchstaben J-Q.

Für Händler.  
Kartoffeln: Ablieferung der Kartoffelbezugsarten Ka 212 zum Austausch gegen Bezugsscheine in der Bezugsscheinstelle, Marktgrabenstraße 8.  
Kartoffeln: letzter Tag der eingekommenen Landeskartoffelmarken durch die Kleinverteiler Marktgrabenstraße 8, Schalter 8, und Abgabe der Bezugsarten Ka 210 sofort bei den Großverteilern.  
Schälbohnen: Markenabgabe durch die Kleinhändler.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Die Auslieferung Holz' beantragt.

Bei der tschecho-slowakischen Regierung ist der Antrag auf Auslieferung des Holz' beantragt worden. Begründet wird der Antrag in der Hauptsache mit demangelnder Erpressung. Die Richtlinien der Regierung für „Besetzung des Vorkriegslandes“. Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung eine Aussprache über die Verhältnisse im mittleren und südlichen Sachsen veranstaltet und folgende Richtlinien über die den Truppen weiterhin zu stellenden Aufgaben aufgestellt:

1. Im Gebiet von Falkenstein, Auerbach, Adorf, Delitzsch müssen nicht zu schwere Truppenteile noch längere Zeit verbleiben, ebenso im Gebiet von Glauchau und Zwickau, bis völlige Veruhigung eingetreten ist und diejenigen Waffen abgegeben sind, die sich in unkontrollierten Händen befinden. Gegen die Plünderer und Mitglieder der Stützabteilungen ist überall nachdrücklich vorzugehen.
2. Im Gebiet von Chemnitz soll der Abbau der dort versammelten Truppen weiter fortgesetzt und auf einen erneuten Aufmarsch verzichtet werden, sofern wie bisher die öffentliche Ordnung in Chemnitz aufrecht erhalten und damit die Verbindung mit dem Vorkriegsland stehenden Truppen gesichert bleibt, sowie die Abgabe widerrecht-

lich in Besitz genommener Waffen auch fort ordnungsgemäß erfolgt. 3. Die sogenannten Aktionsausschüsse, Volksgewächse und dergleichen sind nicht übermäßig gleichartig zu bewerten. Wo sie sich, wie es in der meisten Orten der Fall ist, aus den organisierten Arbeiterparteiern zusammensetzen, sollen die militärischen Kommandostellen und der Regierungskommissar oder dessen Beauftragter mit ihnen gütlich verhandeln, um die Abgabe der Waffen durchzuführen. Die abgegebenen Waffen sind an beschriebenen Stellen in geordnete Verwahrung zu bringen. Wo aber unter dem Namen von Aktionsausschüssen usw. lediglich wilde Gruppierungen bestehen, die es nicht als ihre Aufgabe ansehen, dazu beizutragen, möglichst rasch einwandfrei vorfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen oder die nur aus verbrecherischen Gruppen bestehen, ist einzuschreiten. Falls irgendwo Zweifel über die Behandlung von Aktionsausschüssen bestehen, ist von dem Regierungskommissar die Entscheidung der Regierung anzurufen.

Der Ministerpräsident Dr. Grabner hat dies dem Wehrkreis-Kommando in einem Schreiben mitgeteilt, in dem er dem Wehrkreis-Kommando 4 den Dank der sächsischen Regierung für die tatkräftige und umsichtige Durchführung der Aktion zur Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Vorkriegslande ausdrückt. Die Regierung wird die beteiligten Abteilungen der Reichswehr ihre Anerkennung besonders auch dafür aus, daß sie, sich streng an die ihnen angewiesenen Weisungen haltend, unnötige Gegenstände zur arbeitenden Bevölkerung vermeiden haben. Einzelne Beschwerden, so heißt es weiter, die aus Plänen und Absor an mich gelangen, werden geprüft und im Einvernehmen mit dem Wehrkreis-Kommando insoweit zur Erledigung gebracht werden.

Die Richtlinien der Regierung können nicht ungeteilte Zustimmung finden. Gewiß ist es wünschenswert und auch im Willen und Interesse der organisierten Arbeiterschaft liegend, daß die Waffen abgegeben werden, die unsäueren Elementen in die Hände gefallen sind. Aber die mit der Ausführung dieses Befehls betrauten, meist monarchistisch-reaktionär gerichteten Offiziere der Reichswehr sehen erfahrungsgemäß jeden Arbeiter, erst recht aber die organisierten, als unbefugt zum Waffentragen an. Die ganze Aktion wird daher auf eine völlige Entwaffnung der organisierten Arbeiterschaft hinauslaufen, worauf auch schon die Wendung in den Richtlinien hinweist, daß die Regierungskommissare mit den Aktionsausschüssen verhandeln sollen, um die Abführung der Waffen durchzuführen. Die Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Wenn es sich um die Entwaffnung der Bauern- und Einwohnerwehren handelt, zeigt sie sich viel weniger energisch. Und doch wäre gerade hier rückwärtsloses Einschreiten am Platze. Wir verweisen nur auf Leipzig, wo die Zeitverhältnisse immer noch in provisorischer Weise die öffentlichen Gebäude besetzt haben, wo sorgfältig Waffen und Munition verstreut werden und wo immer noch zum Eintritt in die Einwohnerwehren aufgefordert wird. Hier mag die Regierung ihre Kraft zeigen. Tut sie es nicht, dann werden alle Versicherungen, nichts gegen die organisierte Arbeiterschaft zu unternehmen, keinen Glauben finden.

Daß sich die Offiziere der Reichswehr trotz aller Regierungskommissare als Herren der Lage fühlen und so handeln, wie es ihren reaktionären Besten entspricht, zeigen nachfolgende Meldungen:

Radewitz (Kogit.). Am Freitag, dem 10. April, nachmittags 3 Uhr, erschien der Major Dinkelreuter von der Reichswehr im Gemeindevorstand. Er überreichte dem Gemeindevorstand einen Aufruf, wonach die Aktionsausschüsse der Amtshauptmannschaft als ungesetzlich aufzulösen seien, ebenso die Einwohner- und Arbeiterwehren. Die Waffen sind ans Gemeindevorstand abzuliefern. Außerdem hat der Herr Major die am 18. April stattfindende Wahl des Arbeiterrates verboten. Auf Verhörungen lasse er sich nicht ein. Er stellte ein Ultimatum von 48 Stunden: nach Ablauf dieser Zeit müssen alle Anordnungen durchgesetzt sein, widrigenfalls Radewitz von Truppen besetzt und zwangsweise vorgegangen würde. In Radewitz hat die Arbeiterwehre die Ordnung ansprecherhalten und ist bis jetzt nicht das geringste vorgekommen.

Radewitz. Die Reichswehr ist auch hier eingezogen. In drei Autos in Stärke einer Kompanie führten sie vor das Rathaus. Die zum Schutze der Stadt gebildete Ordnung ist aufgelöst und die Wehre abgenommen worden. Es fanden Hausdurchsuchungen nach Waffen statt, ebenso Verhaftungen, die aber wieder aufgeschoben wurden. Der Aktionsausschuss ist aufgelöst. Die Erregung im Publikum ist ziemlich stark.

Wird die Regierung gegen die Wochenschriften der Militärs einschreiten? Oder soll bei der Arbeiterschaft das Gefühl entstehen, daß sie verraten und verkauft ist und deshalb zur Selbsthilfe schreiten muß? In den angrenzenden sächsischen Gebieten zeigt sich bereits eine starke Erregung unter der Arbeiterschaft, die beschränkt, daß das Militär auch dorthin kommt, um Rache für die ihm in der Rappwoche berechnete Niederlage zu nehmen.

Das Wehrkreis-Kommando 4 veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht aus Guben vom 18. April: „Nach den letzten Meldungen ist die Identität des in Marienbad festgenommenen Verbrechers Max Holz noch nicht einwandfrei festgestellt. Im übrigen nehmen die militärischen Maßnahmen in Westfalen, die im Einvernehmen mit den Zivilbehörden erfolgen, planmäßig und ruhig ihren Fortgang. Nachrichten über Zwischenfälle bei der Besetzung des Lagan-Debitur Kohlenreviers entsprechen nicht den Tatsachen. Ein dortiger Arbeiterausschuss hat sich dahin geäußert, daß das Verhalten der Reichswehr einwandfrei sei.“

#### Die Dresdner Einwohnerwehre protestiert.

Während unter dem Beifall des Bürgertums überall die Arbeiter entwaffnet werden, wollen die Einwohnerwehler durchaus ihre Waffen nicht abgeben. Sie finden dabei die warmste Unterstützung der Vertreter des Gelbfachs.

In Dresden fand am Sonntag eine große Protestversammlung der Einwohnerwehler statt. Es wurde folgende Entschlossenung angenommen: „Die Einwohnerwehre erhebt Einspruch gegen die von dem Verband geforderte Auflösung. Sie will lediglich die Ordnung im Lande aufrechterhalten und weist es zurück, ein militärisches Werkzeug zu sein. Die Einwohnerwehre begrüßt das Eintreten aller Kräfte der Bevölkerung in die Einwohnerwehren. Sie erwartet jedoch, daß die Einwohnerwehre, auf dem Boden der Verfassung stehend, frei von politischer Tätigkeit, lediglich der Sicherheit der Einwohner diene.“

Was es mit den Tiraden von wegen Aufrechterhalten der Ordnung und Schutze der Verfassung auf sich hat, haben wir in der Buchwoche gesehen. Den Fächern hängen zur Zeit nur die Trauben zu hoch.

#### Der Sonntagsverkehr auf der Eisenbahn.

Vor einigen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Wiedereinführung des Sonntagsverkehrs in Dresden geplant sei.

Als Zeitpunkt sei der 1. Mai in Aussicht genommen. Neuerdings werden Zweifel laut, ob die Maßregel durchzuführen werde, da das Reich eventuell Widerspruch erheben könnte. Begründet werden diese Zweifel mit dem Hinweis darauf, daß für die verpöhlte Eisenbahn der endgültige Entwurf eines Sommerfahrplans aufgestellt ist, der vom 1. Juni an gelten soll und nur den Verkehrsverkehr regelt. Der Verkehr soll in ganz bescheidenen Grenzen gehalten. Aus Halle wird zwar gemeldet, daß vom 13. Mai an Erleichterungen im Sonntagsverkehr zu erwarten seien, ob eine merkliche Besserung des Verkehrs eintreten könnte, bleibt aber doch sehr fraglich.

### Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma.  
In der Woche vom 19. bis 25. April 1920 betraf die wöchentliche Fettmenge für Verordnungsamtliche 20 Gramm Butter und 100 Gramm Margarine.

Vordorf. In der am 10. d. M. stattgefundenen Hauptversammlung des Ortsvereins der U. S. V. wurden in den Vorstand gewählt: Als 1. Vorsitzender Münz, 1. Kassierer Hein, 1. Schriftführer Rudolph. Eine lebhafte Aussprache wurde wegen der Maßregel geführt. Ein Beschluß konnte nicht gefaßt werden, weil Genosse Müller noch einmal Sitzung in Beucha in dieser Angelegenheit hat.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Neue Aufgaben der Gewerkschaften.

Nach der November-Revolution gab es auch in Deutschland nicht wenige, die die Gewerkschaften für überlebte Einrichtungen hielten, sie für nutzlos, wenn nicht gar hinderlich im weiteren Kampfe des Proletariats für den Sozialismus erklärten. Die Gründe für ihre Behauptungen bezogen diese Kreise ebenso wie die Gründe für ihr politisches Verhalten auf dem „Theoretischen“ Schach des Syndikalismus. Und bis weit in die Kreise der Unabhängigen hinein fanden sich Nachtreter dieser Anschauungen.

Seit dem November 1918 ist nun freilich viel Wasser in den feurigen Wein der neuen Theoretiker gelassen und zu ihrem Schicksal stehen die Wasser noch munter fort. Denn eben meldet der Telegraph aus Stockholm:

„Nach einem Moskauer Funkpruch wurde am 6. April in Moskau im Verbandshaus der Gewerkschaftsverbände von Tomski der 3. allrussische Kongress dieser Verbände eröffnet, zu dem 160 Delegierte eingetroffen waren. Tomski verwies darauf, daß die Hauptaufgabe der Verbände der Arbeiterbau Aufbau sei. Kalinin erklärte, die russische Arbeiterschaft, auf die die Augen der ganzen Welt gerichtet seien, müsse auch an der neuen Front, im Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung stehen. Ein gleiches schloß als Vertreter der kommunistischen Partei Bucharin aus. Der 3. Kongress der Partei habe das Zugeländnis gemacht, daß die Gewerkschaftsverbände es seien, die die wirtschaftlichen Aufgaben lösen würden. Auch Rykow forderte die Aufstellung einer unbesiegbaren Armee für die wirtschaftliche Front und die gemeinsame Arbeit der Arbeiter und der Bauern. Rykow erklärte im Namen des Volkswirtschaftsrats der 3. Internationale, daß die Konferenz den Anfang eines neuen Abschnitts in der Geschichte einleite.“

Die Gewerkschaften haben demnach in England eine Bedeutung erhalten, von der sich so mancher neue mitteleuropäische „Theoretiker“ nicht träumen ließ. Sie werden auch in Deutschland noch Aufgaben zu lösen haben, die etwas stark absteigen von den fabelhaften „Theorien“ so mancher Arbeiter„begleiters“. Es ist nun einmal so: die Dinge, und vor allem die wirtschaftlichen, haben ihre eigene Logik, die sich auch durch die gewagteste Rabulistik nicht wendispütieren und auch nicht durch die Aushebung der schönsten Pläne betrieblieben läßt.

#### Gegen die Sonntagsarbeit im Friseurgewerbe.

Eine öffentliche Versammlung der Angestellten des Friseurgewerbes beschäftigte sich am 15. April mit der Einführung der Sonntagsruhe im Friseurgewerbe. Sie faßte einstimmig eine den zuständigen Behörden zu übermittelnde Entschlossenung, in der es heißt:

„Zeitdem sich in der Industrie, wie auch zum größten Teil im Handel und Gewerbe der freie Sonabend nachmittag einbegleitet hat, insbesondere seit der Verordnung über den Stillstandstag, ist die Sonntagsarbeit im Friseurgewerbe entbehrlieh und überflüssig geworden, da es der Bevölkerung möglich ist, ihre Bedürfnisse im Friseurgewerbe an den Wochentagen zu befriedigen. Die Verammelten eruchen daher um die allgemeine Einführung der Sonntagsbetriebsruhe im Friseurgewerbe, dahingehend, daß die Ausübung der Sonntagsarbeit in den Geschäftsräumen der selbständigen Gewerbetreibenden, sowie in den Wohnungen der Kundenschaft allen Verordnungsgegenständen bei Vermeidung von Geldstrafen unterjagt wird, mit den Ausnahmen, daß an den drei ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen eine dreistündige, spätestens um 12 Uhr mittags endigende Arbeitszeit zulässig ist, ferner die zur Vorbereitung öffentlicher Theater- und Schaustellungen erforderliche Sonntagsarbeit. Insbesondere fordern die Verammelten ein Verbot der Beschäftigung von Arbeitern im Friseurgewerbe an Sonn- und Festtagen, mit den vorstehenden Ausnahmen.“

In der Aussprache stellte sich u. a. auch heraus, daß die Meister das Versprechen, daß sie auch der Gewerkschaft gegeben haben, die Lehrlinge im 1. Lehrjahre mit 10 M., im 2. Lehrjahre mit 15 M. und im 3. Lehrjahre mit 25 M. zu entschädigen, nicht einhalten. Die Eltern der Lehrlinge seien darauf aufmerksam gemacht; wir bitten, und sofort Mitteilung zu machen, wo diese Entschädigung nicht gezahlt wird.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Leipzig, Braustraße 17, pfr.

#### Briefkasten der Redaktion.

Ein Anhänger der U. S. V. Es ist notwendig, daß Sie uns Angaben machen. Belüchen Sie uns. Weher-Abonment. Ueber diesen Verband ist uns nichts bekannt. Auch können wir uns nicht entsinnen, eine solche Notiz in der U. V. gebracht zu haben.

**Königs-Pavillon**  
Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.  
Nur noch 3 Tage:  
**Paul Wegener**  
Erna Morena — Conrad Voldt  
Reinhold Schünzel — Anita Berber  
in dem 6. aktigen  
Sensations-Drama  
**Nachtgestalten.**  
Hierzu ferner ein gewähltes brillantes Beiprogramm. — Nur Erstaufführungen.

**Kasino-Lichtspiele**  
Neumarkt. Fernruf 19950.  
Nur noch 3 Tage:  
**Madame Blaubart**  
oder: Im Banne der Hypnose  
Spannende Kriminal-Tragödie in 5 Akten  
nach dem Roman von Hans Karl Strobl.  
**Muss Liebe schön sein**  
Brillantes Original-Lustspiel in 3 Akten.

**Welt-Theater**  
Barfußgasse (Am Markt) Fernruf 4870  
Nur noch 3 Tage:  
**Die Schlinge mit dem Mädchenkopf**  
Der 3. Teil von Der Fürst. Sensations-Dektiv-Drama in 5 Akten mit Ria Jende.  
Arnsch und Arnsch oder: So sehr ich langem im Leben zurück  
Ergreifendes Lebensbild in 4 Akten  
mit Dagny Servaes.  
In jed. unserer Theater Anf. wochentags 4 Uhr.  
Jugendliche unter 16 Jahr. haben kolnen Zutritt.

**Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen**  
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1848-1918  
von Dr. Curt Geyer  
Preis broschiert 2.- Mark  
Leipziger Buchdruckerei A. G.  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Landauer Str. 19/21.  
Postcheckkonto Nr. 53477.  
Die Auslieferung nehmen bei den Buchhändlern entgegen.







